

Kommunen wollen EON-Anteile an den Stadtwerken zurückkaufen!

von Frank Kuschel

Eine gute Nachricht für die Stärkung der kommunalen Wirtschaft ist der geplante Rückkauf der EON-Anteile an den Stadtwerken durch die Kommunen.

Wie die Financial Times Deutschland (FTD) berichtet (siehe: „Abkehr von Privatisierung Exklusiv EON verkauft über 100 Stadtwerke“ von Michael Gassmann, Düsseldorf), laufen derzeit intensive Verhandlungen zwischen EON und einem kommunalen Bündnis.

Ein kommunales Bündnis, bestehend aus rund 60 kommunalen Versorgern aus Städten, wie Frankfurt, Freiburg oder Würzburg, will für die Stadtwerketochter „Thüga“ der EON zwischen 3,5 und 3,8 Mrd. Euro zahlen. Zu den Kreditgebern gehören - neben der Commerzbank - zahlreiche Sparkassen und mehrere Landesbanken.

„Thüga“ hält Anteile an rund 110 Stadtwerken, so auch an Stadtwerken in Thüringen. Mit insgesamt 3,9 Millionen Strom- und 2,4 Millionen Gaskunden zählt die Gruppe zu den größten deutschen Energieanbietern.

Der geplante Rückkauf der EON-Anteile an den Stadtwerken durch die Kommunen zeigt das offenbare Umdenken in den Rathäusern. Während in den letzten 20 Jahren eine fast ungehemmte Privatisierungswelle, ganz im Sinne des neoliberalen Zeitgeistes, die Kommunen erfasst hatte, gibt es zunehmend Aktivitäten zur Rekommunalisierung. Die kommen nicht von ungefähr, sondern sind unbestritten eine wirksame Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Dass dies viel Geld kosten wird, belegt der in Verhandlung stehende Rückkaufpreis für die EON-Anteile an den Stadtwerken. Doch die Gelder für Rekommunalisierungsprojekte ist gut angelegtes Geld. Gerade im Strom- und Gasbereich sind Überschüsse zu erwarten, die auch für die Finanzierung anderer kommunaler Bereiche eingesetzt werden können. Zudem haben die Kommunen wieder unmittelbaren Einfluss auf die Aufgabenerledigung im Bereich der Daseinsvorsorge. Auch dies rechtfertigt die zunächst astronomisch erscheinenden Rückkaufsummen.

Mit der Übernahme der EON-Anteile an den Stadtwerken durch die Kommunen entstünde ein starker Wettbewerber für etablierte Konzerne, wie EON, RWE und Vattenfall. Auf die Thüga-Beteiligungen fallen rund 20 Prozent des gesamten Beschaffungsvolumens an Erdgas in Deutschland. Das Kartellamt dürfte seine Zustimmung zu der kommunalen Übernahme der EON-Anteile durch die Kommunen kaum versagen, hatten doch die Wettbewerbshüter EON unlängst erst untersagt, weitere Beteiligungen an Stadtwerken zu erwerben und sich von den bestehenden Beteiligungen zu trennen.

EON dürfte der Rückkauf der Stadtwerkeanteile durch die Kommunen gar nicht so unrecht kommen. EON ist durch internationale Zukaufgeschäfte in Spanien, Italien und Russland mit rund 45 Milliarden EUR verschuldet. Mit dem Verkaufserlös aus den Stadtwerkeanteilen und dem geplanten Verkauf der Hochspannungsnetze in der Bundesrepublik will EON seine Schulden abbauen.

Die dann kommunalisierte „Thüga“ soll künftig vergleichbar wie eine Genossenschaft arbeiten. Für die Stadtwerke könnten Kostenvorteile entstehen, weil beispielsweise der Energieeinkauf oder wichtige Serviceleistungen zentral gebündelt angeboten werden.

Das Modell scheint deshalb für viele Städte und Gemeinden attraktiv. Eine Vielzahl von Stadtwerken soll bereits signalisiert haben, der kommunalisierten Thüga beitreten zu wollen.

In Thüringen sollte das Projekt intensiv durch die LINKE in den Stadträten unterstützt werden.

Erfurt, 24. Juni 2009